



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Meldesystem auch in Bayern für antisemitische Vorfälle an Schulen aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach dem Vorbild von Berlin und Baden-Württemberg, auch in Bayern ein Erhebungs- und Meldesystem bzgl. antisemitischer Vorfälle an Bayerns Schulen aufzustellen. Ein solches System erfordert zum einen eine Meldepflicht der Schulen im Hinblick auf antisemitische Vorfälle, zum anderen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, die den Betroffenen beratend und unterstützend zur Seite steht und Maßnahmen koordiniert.

Begründung:

Bereits nach jetziger Rechtslage sind die öffentlichen Schulen in Bayern verpflichtet, bei entsprechenden Taten an Schulen aktiv zu werden. Aus einer Anfrage zum Plenum von MdL Gabriele Triebel vom 15.10.2019 (Drs. 4252) geht folgendes hervor:

„Nach Nr. 4.1 und 4.2 der Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus – „Hinweise an die Schulen zum Verhalten bei strafrechtlich relevanten Vorkommnissen und zur Beteiligung des Jugendamtes“ vom 23.09.2014 (KWMBI. 2014 S. 207) sind die Strafverfolgungsbehörden zu informieren, sobald ihr konkrete Tatsachen bekannt werden, die darauf hindeuten, dass gewisse Straftaten – sofern nicht ohnehin von § 138 Strafgesetzbuch (StGB) erfasst – an der Schule oder im unmittelbaren Zusammenhang mit der Schule durch oder gegen ihre Schülerinnen oder Schüler bevorsteht, versucht oder vollendet worden ist.“

Aber: Notwendig ist es auch, dass Kenntnisse über antisemitische Vorfälle an den Schulen in Bayern, die unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen, vorliegen, um hier tätig werden zu können.

Ein solches Erhebungs- und Meldesystem erfordert eine zentrale Anlaufstelle, die mit den Schulen zusammenarbeitet und diese unterstützt. Diese Stelle könnte beim Beauftragen gegen Antisemitismus angesiedelt sein oder direkt im Staatsministerium für Unterricht und Kultus.